

PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 22. FEBRUAR 2023



Foto: Don-vip/ wikimedia

DEBATTE **AIRBUS-EINIGUNG** AUCH ERFOLG FÜR BREMER POLITIK

Vor knapp zwei Wochen unterzeichneten Betriebsrat, IG Metall und die Konzernspitze von Airbus Operations im Rathaus ein Eckpunktepapier, das den Bremer Airbus-Standort langfristig absichert. Das ist ein großer Erfolg für den Luft- und Raumfahrtstandort Bremen – und es ist ein Erfolg für die Wirtschaftspolitik des Senats. Deswegen hatte die SPD-Fraktion heute eine Aktuelle Stunde in der Bürgerschaft beantragt, in der der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Volker Stahmann, die Rolle der Beschäftigtenvertretung, aber auch die Rolle des Parlamentes hervorhob.

„Eine tarifliche Einigung ist nicht automatisch ein Anlass für eine Aktuelle Stunde, aber der Prozess bei Airbus ist aus mehreren Gründen ein besonderer“, sagte Stahmann und blickte noch einmal zurück auf die vergangenen Jahre, in denen Airbus Restrukturierungen und Arbeitsplatzabbau ankündigte und sogar die Flügelproduktion in Bremen gefährdet war.

„Den größten Anteil an der nun gefundenen Lösung haben sicherlich Betriebsrat und IG Metall“, betonte der Sozialdemokrat und verband dies mit einem ausdrücklichen Dank. „Überall auf der Welt redet man über Transformation, darüber, wie man mit den unumkehrbaren Veränderungen in der Wirtschaft umgeht. In diesem Fall ging es den Gewerkschaften nicht um Abwehren und Bewahren, sondern um die Zukunftsfähigkeit des Bremer Standortes. Betriebsrat und IG Metall haben ein industrielles Konzept ausgearbeitet, dessen Fachkompetenz auch das Airbus-Management anerkennen musste. Die Interessenvertreter haben sich aktiv in den Prozess eingebracht – und das ist etwas, das wir

auch in anderen Betrieben brauchen und das, davon bin ich überzeugt, in Zukunft unerlässlich sein wird.“

Im Ergebnis stehe nun ein Konzept, das die Zukunftsfähigkeit des Bremer Airbus-Standortes langfristig absichere, er-

„Wir sind einen großen Schritt weiter, was Beschäftigung und Zukunftssicherung für den Luft- und Raumfahrtstandort Bremen angeht.“

Volker Stahmann

klärte Stahmann. Die Flügelausrüstung der A 350 bleibe erhalten. Zudem werde das Moveable Competence Cluster hier etabliert. „Das sind Zukunftskompetenzen, die den Standort langfristig erhalten – ebenso wie die Produktion von Landeklappen, die eine wichtige Rolle spielen bei der Frage nach Auftriebskräften und Spritersparnis.“

„Der Erfolg hat aber viele Väter und Mütter und die Politik ist ein Teil davon“, sagte Stahmann und nahm damit nicht nur

Bezug auf den Einsatz von Bürgermeister und Wirtschaftssenatorin, die Besuche der Fraktionsvorsitzenden sowie den kontinuierlichen und engen Austausch der wirtschaftspolitischen Sprecher:innen der Fraktionen. Er nahm damit aber auch und vor allem Bezug auf einen Antrag, den die Bürgerschaft vor zwei Jahren auf Initiative der SPD-Fraktion beschlossen hatte. „Ich glaube, in ganz wenigen Prozessen hat sich dieses Haus interfraktionell so eingemischt, war so eindeutig und hat die Situation so unterstützt und für den Erhalt der Arbeitsplätze gekämpft wie im Fall von Airbus“, so der Sozialdemokrat. „Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass dieser interfraktionelle Beschluss der Bürgerschaft dabei geholfen hat, eine Lösung zu erreichen. Und so konnten wir einen großen Erfolg erzielen. Wir sind einen großen Schritt weiter, was Beschäftigung und Zukunftssicherung für den Luft- und Raumfahrtstandort Bremen angeht. Und dieser Erfolg hat nicht nur Auswirkungen auf Airbus und seine fünf Betriebe, er hat Auswirkungen bei den Zulieferern und anderen Ansiedlungen im Bereich Luft- und Raumfahrt.“

ANTRAG **MENSCHEN NACH ERDBEBENKATASTROPHE UNTERSTÜTZEN**



Heute wurde auf Initiative der SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft einstimmig ein Dringlichkeitsantrag aller demokratischen Fraktionen zur Lage in den Erdbebengebieten in der Türkei und Syrien verabschiedet. „Wir sind in Gedanken, mit helfender Hand und einer Schulter zum Anlehnen bei Ihnen“, ließ die SPD-Abgeordnete Jasmina Heritani wissen. Sie selbst, neben vielen anderen Menschen im Land Bremen, hat Verwandte im Katastrophengebiet.

Seit zwei Wochen haben die Menschen im Südosten der Türkei und in Nordwestsyrien mit den verheerenden Folgen der schweren Erdbeben in der Region zu kämpfen. Nach UN-Schätzungen sind rund 23 Millionen Menschen betroffen. Weitere schwere Nachbeben und nächtliche Minusgrade lassen die Menschen nicht zur Ruhe kommen. Diese schwere Naturkatastrophe ist längst eine humanitäre Katastrophe geworden.

„Wir trauern um die Opfer der Erdbebenkatastrophe in der Türkei und in Syrien und sprechen allen Angehörigen unser tief empfundenes Beileid und Mitgefühl aus. Unsere Solidarität gilt ihnen und allen Menschen vor Ort“, sagte Heritani. Aber nur bei Anteilnahme und Trauer wollte es die SPD-Fraktion nicht belassen und stellte mit dem Dringlichkeitsantrag auch wichtige Forderungen, um die Menschen vor Ort zu unterstützen.

„Ich begrüße die schnelle Entscheidung der Bundesregierung, Visa für vom Erdbeben betroffene Menschen aus beiden

Ländern auszustellen, damit diese bei ihren Familien in Deutschland unterkommen können. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung aber auch weiterhin auf, die Vergabe dieser Visa möglichst zügig und unbürokratisch durchzuführen

„Um die Menschen in Syrien zu versorgen, muss eine sofortige grenzüberschreitende Hilfe von der Türkei aus nach Nordwestsyrien, ohne den Umweg über Damaskus, stattfinden!“

Jasmina Heritani

und erwarten von den zuständigen Ämtern im Land Bremen, dass schnell und unbürokratisch Termine für die Abgabe der notwendigen Verpflichtungserklärungen der Angehörigen zur Verfügung gestellt werden“, so Heritani weiter.

Besonders besorgt zeigte sich die Sozialdemokratin außerdem über die Lage in Nordwestsyrien: „Mit Blick auf die Erdbebenregion in Syrien ist es wichtig, dass für Hilfsmaßnahmen ausreichend Grenzüber-

gänge zur Verfügung stehen. Hier kommt aktuell nur sehr wenig internationale Hilfe an“, erklärte sie. Nach Einschätzung von internationalen Völkerrechtsexpert:innen brauche es für die Nutzung der dortigen Grenzübergänge für humanitäre Hilfe weder eine UN-Resolution noch die Genehmigung Assads. Darum müsse die Syrienhilfe ab sofort zu mindestens 40 Prozent direkt an syrische zivilgesellschaftliche Organisationen gehen. Laut Heritani sind sie gute Partner, die seit mehr als zehn Jahren fachliche Expertise im Bereich der humanitären Hilfe in Syrien aufgebaut haben.

Der Senat wird ebenfalls aufgefordert zu prüfen, wie das Land Bremen die Menschen vor Ort in beiden Ländern auch langfristig bei der Bewältigung dieser schweren Katastrophe und dem Wiederaufbau ihrer Städte, Dörfer und Infrastruktur unterstützen kann.

>Antrag: Trauer und Solidarität mit den Opfern des Erdbebens in der Türkei und Syrien

https://bit.ly/solidaritaet_erdbeben

BÜRGERSCHAFT BRINGT AUSBILDUNGSUNTERSTÜTZUNGSFONDS AUF DEN WEG



Die Bürgerschaft hat heute in erster Lesung den Ausbildungsunterstützungsfonds auf den Weg gebracht. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Volker Stahmann, betonte, dass eine Vielzahl von Betrieben nicht ausbilde und diese mit in die Verantwortung genommen werden sollten. Die Kritik an den Plänen wies er mit scharfen Worten zurück.

„Das Gesetz ist breit gestaltet. Es ist der politische Wille, dass der Verwaltungsrat eine Vielzahl von Kompetenzen hat und dort auch über die Verwendung der Mittel entschieden wird“, erklärte Stahmann in seiner Rede. „Ich persönlich sehe das Übergewicht der Arbeitgeber durchaus kritisch, aber man muss auch feststellen: Diejenigen, die gerade lautstark Kritik am Ausbildungsunterstützungsfonds üben, werden breit beteiligt. Und ich hoffe, dass es im Verwaltungsrat zu einem konstruktiven Miteinander kommt.“

Stahmann sah selbst noch Präzisionsbedarf vor dem endgültigen Beschluss des Gesetzes. So müsse sichergestellt sein, dass die Verwaltungskosten im Haushalt dargestellt seien und nicht aus den Mitteln des Fonds finanziert würden.

Grundsätzlich wies der Sozialdemokrat die Kritik am geplanten Ausbildungsfonds aber entschieden zurück. „Die Umlage ist gedeckelt auf 0,3 Prozent der Bruttolohnsumme und geplant ist eine Rückzahlung von 1.500 bis 2.500 Euro pro Auszubildendem pro Jahr. Bei einer Bruttolohnsumme von einer Million Euro heißt das: Ein Unternehmen zahlt 3.000 Euro in den Fonds. Bildet es zwei junge Menschen aus, zahlt es nichts drauf! Das kann kein Geldproblem sein.“

Stahmann ging auch auf die Kritik ein, der Ausbildungsfonds sei ein Standortnachteil für Bremen, insbesondere für der Mercedes-Benz Werk. „Die Bundesregierung und die Landesregierung haben die Betriebe in den Krisen unterstützt mit

Coronahilfen, Überbrückungshilfen oder Kurzarbeitergeld. Mercedes-Benz hat im vorletzten Jahr 700 Millionen Euro Kurzarbeitergeld erhalten. Wenn mir dann jemand sagt, dass sei ein Standortnachteil und nicht zumutbar, fehlt mir jedes Verständnis für eine solche Debatte.“

Stahmann betonte aber auch noch einmal den konkreten Nutzen des Ausbildungs-

„Es gibt einen Fachkräftemangel. Wir müssen alle Jugendlichen unterstützen. Und dafür ist der Ausbildungsfonds das richtige Instrument!“

Volker Stahmann

fonds – und warum dieser nötig ist. „Wir haben schlicht zu wenig Bewerber. Wir sind mitten im demographischen Wandel. Wir können nicht einfach sagen, 900 Jugendliche in Bremen seien nicht ausbildungsreif. Wir müssen diese jungen Menschen unterstützen, denn die Betriebe können auf niemanden verzichten!“, sagte er. „Jetzt wird öffentlich in einer Kampagne auf die Bremer Bildung geschimpft. Das löst aber nicht das Fachkräfteproblem!“

„Wenn es wirklich so viel mehr Ausbildungsplätze als Bewerber gibt und alle Bremer Bewerber ungeeignet sein sollen – was ich im Übrigen für eine Verunglimpfung halte – warum haben die Betriebe die Ausbildungsplätze dann nicht mit Niedersachsen besetzt?“, so Stahmann weiter. „Die Antwort ist einfach: Weil wir einen Mangel haben. Weil

wir bei den Menschen, die da sind, eine Unterstützung brauchen, um sie in die Ausbildung und durch die Ausbildung zu bringen.“ Zwar gebe es eine Vielzahl von Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit, aber diese fingen nicht alles auf. So müsse man auch Angebote schaffen für eine immer größere Zahl Jugendlicher, die gar nicht aus dem Bremer Schulsystem kämen, die eine Migrations- oder Fluchtgeschichte hätten und zum Beispiel aus der Ukraine nach Deutschland gekommen seien.

„Wir können auf niemanden verzichten, und die jungen Menschen brauchen Unterstützung“, betonte Stahmann noch einmal. „Und auch die Betriebe müssen dabei umdenken. Wir haben es hier mit einer anderen Generation zu tun, die auch andere Ansprüche stellt und andere Erwartungen formuliert. Was die CDU und die Handelskammer tun wollen, ist warten, bis die perfekten Auszubildenden da sind. Das wird nicht funktionieren.“

Stahmann abschließend: „Auch die Zahlhudelei der Handelskammer bringt uns nicht weiter. Es geht nicht darum, dass die Ausbildungsquote in Bremen mit 21,9 Prozent höher ist als in Hamburg oder Berlin. Wenn ich das Argument richtig verstehe, hat Bremen nur 39 Grad Fieber, die anderen aber 40 und 41. Deshalb soll alles in Ordnung sein? Es geht vielmehr darum, dass wir zu viele Betriebe haben, die nicht ausbilden. Es gibt einen Fachkräftemangel. Wir müssen jeden unterstützen, der da ist. Und dafür ist der Ausbildungsfonds das richtige Instrument!“

BÜRGERSCHAFT SETZT KLARE ZEICHEN IN DER LANDESVERFASSUNG

„Mit unserem heutigen Beschluss zur Änderung unserer Landesverfassung setzen wir dreifach ein klares Zeichen gegen Rassismus und Antisemitismus, gegen demokratiefeindliche Bestrebungen und für liberale und demokratische Werte!“, sagte der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör, heute in der Bürgerschaft, bevor das Parlament die entsprechenden Änderungen mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschloss. Bedauerlich sei jedoch, dass es nicht gelungen sei, eine Einigung zur Streichung des Begriffs „Rasse“ aus der Verfassung zu erzielen, räumte der Sozialdemokrat ein.

„Demokratiefeindlichen Bestrebungen, insbesondere der Wiederbelebung, Verherrlichung oder Rechtfertigung der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft, sowie rassistischen, antisemitischen und sonstigen menschenverachtenden Aktivitäten entschieden entgegenzutreten, ist Verpflichtung aller staatlichen Organisation und Verantwortung jeder und jedes Einzelnen. Die Freie Hansestadt Bremen fördert die Entwicklung einer offenen, vielfältigen und toleranten Gesellschaft sowie eines respektvollen und friedlichen Miteinanders.“ Dieser Absatz steht nach einem Beschluss der Bürgerschaft künftig in der Landesverfassung. Zudem strich das Parlament in der Präambel das Wort „Arbeitswillige“ und präziserte, dass die „Würde der menschlichen Persönlichkeit“ vom Staat nicht nur „geachtet“, sondern auch „geschützt“ wird.

In den Beratungen war auch die Streichung des Begriffs „Rasse“ aus der Verfassung diskutiert worden. Für Mustafa Güngör steht außer Frage: „Das Konzept der Rasse ist das Ergebnis von Rassismus und nicht dessen Voraussetzung.“ Dieser für uns heute gültige Leitsatz stellt klar, dass es aus biologischer Sicht keine Menschenrassen gibt! Rasse ist ein rein politisches, menschenverachtendes Konstrukt. Und dass der Begriff „Rasse“ aus der Zeit gefallen ist



Mustafa Güngör

und dementsprechend in einer Verfassung keinen Platz mehr haben sollte, darüber ist sich die rot-grün-rote Koalition mit den anderen Fraktionen in unserem Parlament glücklicherweise einig. Die Intention, die die Mütter und Väter unserer Verfassung hatten, ist heute natürlich noch genau so wichtig und richtig, wie nach dem Zweiten Weltkrieg. Niemand darf aus rassistischen Beweggründen benachteiligt oder bevorzugt werden! Und Rassismus ist ein Problem. Ein großes Problem!“

„Demokratie gibt es nicht zum Nulltarif. Wir alle müssen etwas dafür tun. Und das steht richtigerweise zukünftig auch so deutlich in unserer Landesverfassung.“

Mustafa Güngör

Die Herausforderung habe also nicht darin bestanden, sich darauf zu einigen, diesen Begriff zu streichen, sondern darin, eine geeignete Ersatzformulierung zu finden. Und dies sei bedauerlicherweise – zumindest vorerst – nicht gelungen, bedauerte Güngör. Doch nicht nur Bremen tue sich bei der Suche nach einer solchen Formulierung schwer, auch die demokratischen Parteien im Bundestag hätten hierbei Probleme. Güngör: „Ich kann daher an dieser Stelle nur meine Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass in naher Zukunft der Begriff ‚Rasse‘ aus dem Grundgesetz gestrichen wird und die auf Bundesebene geeinte Ersatzformulierung auch in unserem Parlament eine verfassungsändernde Mehrheit findet.“

„Die gute Nachricht ist aber: Mit unserem heutigen Beschluss zur Änderung unserer Landesverfassung setzen wir dreifach ein klares Zeichen gegen Rassismus und Antisemitismus, gegen demokratiefeindliche Bestrebungen und für liberale und demokratische Werte!“, sagte Güngör und führte aus: „Wir streichen erstens das Wort ‚Arbeitswillige‘ aus der Verfassung und damit einen Begriff, der wahrlich eher in die Zeit des Nationalsozialismus passt als in einen liberal-demokratischen Sozialstaat. Wir stellen zweitens klar, dass unser Staat nicht nur die Aufgabe hat, die Würde der menschlichen Persönlichkeit zu achten. Er muss die Würde aller Bürgerinnen und Bürger natürlich auch gegenüber anderen aktiv schützen. Und drittens: Wir erklären es zum Staatsziel, dass sich jede und jeder Einzelne von uns demokratiefeindlichen Bestrebungen, Rassismus und Antisemitismus entgegenstellen muss.“

„In Zeiten einer wachsenden Reichsbürgerszene, rassistischer und antisemitischer Terroranschläge und zunehmender Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen stellen wir in unserer Verfassung etwas klar: Wir alle müssen unseren Teil für ein friedliches Miteinander in unseren Städten beitragen und Verfassungsfeinden entschieden entgegenzutreten“, fasste Güngör abschließend zusammen und betonte: „Demokratie gibt es leider nicht zum Nulltarif. Wir alle müssen etwas dafür tun. Und das steht richtigerweise zukünftig auch so deutlich in unserer Landesverfassung.“

ANTRAG WERKVERTRÄGE IN DER PAKETBRANCHE VERBIETEN

Der Senat soll eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen mit dem Ziel, Werkverträge in der Paketbranche zukünftig zu untersagen – ähnlich, wie es in der Fleischwirtschaft schon umgesetzt ist. Einen entsprechenden Antrag der rot-grün-roten Koalition hat die Bürgerschaft heute beschlossen.

„Werkverträge sind ein Arbeitsmarktinstrument, das häufig schlechte Arbeitsbedingungen fördert“, sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Volker Stahmann. „In der Branche Kurier-, Express- und Paketdienstleistungen bewirken die Werkverträge häufig unbezahlte Überstunden, Anstellungen teilweise ohne Vertrag, eine Umgehung des Mindestlohns, überlange Arbeitszeiten, hohe Arbeitsbelastung und Schein-Soloselbstständigkeiten.“

Daher sollen sie nach dem Willen der Bürgerschaft künftig untersagt werden. Stahmann: „Die Beschäftigten erbringen eine zentrale Dienstleistung in der heutigen Zeit. Wir alle nehmen sie gerne in Anspruch. Allerdings gibt es nur wenig Wertschätzung für die Zusteller:innen. Sie arbeiten unter teils unwürdigen Bedingungen



und Zeitdruck. Trotzdem werden sie noch angefeindet, wenn sie ihren Transporter in zweiter Reihe oder auf dem Gehweg parken. Die Wertschätzung für diese wichtige Arbeit muss sich erhöhen. Zudem arbeiten in dieser Branche häufig Menschen mit Migrationsgeschichte und mit ausländischer Staatsbürgerschaft. Ein Verbot von Werkverträgen verbessert ihre Arbeitsbedingungen also überproportional.“